



Attac – Arbeitsgruppe
Finanzmärkte & Steuern

Unschöne neue Welt:

Dagegensein ist zu wenig: Das Geld gehört uns!

Attac fordert öffentliche Kontrolle von Geld und Zahlungsverkehr sowie gebührenfreien Zugang zu elektronischem Bargeld für alle Menschen

Unser Veranstaltungsangebot dazu:

- **Libra - Facebook's Weltwährung und die EZB**
Do. 1.8. / 09:30 Uhr / C1.06
- **Das Geld gehört uns – eine Kampagnenidee**
Do. 1.8. / 11:30 Uhr / C1.08
- **Schattenbanken – das neue marktbasierete Finanzsystem**
Do. 1.8. / 17:00 Uhr / C1.08
- **Das Geld- und Finanzsystem verstehen**
Sa. 3.8. / 17:00 Uhr / C1.09

V.i.S.d.P.: Alfred Eibl, alfred.eibl@attac.de
c/o Attac, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt





Attac – Arbeitsgruppe
Finanzmärkte & Steuern

NEIN zur weiteren Privatisierung des Geldes

Wir sind gegen die weitere Privatisierung des Geldes durch Libra, das Facebook-Projekt eines Weltgeldes. Wir sagen NEIN zu einer plattformbasierten weltweiten Währung, die nach privaten Interessen gesteuert wird.

Recht auf ein privates Leben

Weiß Facebook heute bereits mehr über uns als wir selber, so würde mit dem Zugriff der Plattformbetreiber auf unsere Zahlungsverkehrsdaten die Kontrolle total. George Orwells Vorstellungen werden von der geplanten Zukunft weit in den Schatten gestellt. Doch das Projekt nur unter dem Aspekt der Datenkrake und des Datenschutzes zu kritisieren, greift zu kurz.

Bisheriges Geldsystem wird herausgefordert

Im Gegensatz zu bisherigen Projekten von Fintechs und Ansätzen wie Bitcoin wird hier groß gedacht und geplant. Das Projekt zielt zunächst auf Länder mit mangelhaftem Bankensystem oder schwachen Währungen und damit auf 1,7 Mrd. Facebook-Nutzer, die keinen Zugang zu Zahlungsverkehr und Bankdienstleistungen haben. Unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Unterstützung wird ein zentraler Bereich öffentlicher Infrastruktur monopolisiert und staatliche Geld- und Finanzpolitik ausgehebelt.

Dass damit auch das Bankensystem der Industrieländer in Frage gestellt wird, zeigen die nervösen Reaktionen aus der Finanzpolitik, der Bankenbranche und von den Zentralbanken. Die eingespielte Rollenverteilung zwischen staatlicher Finanzpolitik, zentraler Geldpolitik durch die Zentralbanken und den privatwirtschaftlichen Banken, die im Krisenfall gerettet werden, wenn sie nur groß genug sind, gerät ins Wanken.

Geld und Zahlungsverkehr unter öffentlicher Kontrolle

Dagegen ist zu wenig. Die neuen digitalen Plattform-Technologien bieten viele Chancen, ihre Nutzung kaum vermeidbar. Sie müssen aber im Rahmen öffentlicher Services zur Verfügung gestellt werden. Dabei muss der dezentrale Zugang zu analogen (Bargeld, Filialbanken) und digitalen Strukturen (digitales Zentralbankgeld) unter öffentlicher Kontrolle gesichert werden.

Recht auf digitales Bargeld der Zentralbank

Genauso wie ein Wertpapierdepot von einer Insolvenz der verwaltenden Bank nicht betroffen ist, so sind die Girokonten aus den Bankbilanzen zu lösen und als sichere eigenständige Gelddepots mit elektronischem Zentralbankgeld zu gestalten, von der Bank verwaltet wie bisher. Bei Zahlungsschwierigkeiten einer Bank erübrigen sich dann Ausfallgarantien, die in einschneidenden Krisen (2008/2009) ebenfalls unsicher sind. Das Privileg der Banken, exklusiven Zugriff auf digitales Zentralbankgeld zu haben, ist überholt und durch viele Skandale delegitimiert.